

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/037(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 17.01.2018	Franckesaal	17:00Uhr	18:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.10.2017
- 4 Informationen
- 4.1 Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
BE: V/02 I0325/17
- 4.2 Prüfauftrag Fachförderrichtlinie Gemeinwesenarbeit
(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)
- 5 Umsetzung des Landesprogramms "Stabilisierung durch Teilhabe
am Arbeitsmarkt" Anfrage Stadtrat Jens Rösler
(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)
BE: SPD-Stadtratsfraktion

- 5.1 Stellungnahme zur Umsetzung des Landesprogramms
"Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt" (S0322/17)
(im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)
BE: Amt 50

- 6 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und
Altenplanung

- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Kornelia Keune

Mitglieder des Gremiums

Matthias Boxhorn

Manuel Rupsch

Jacqueline Tybora

Monika Zimmer

Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Andreas Poppe

Vincent Schwenke

Geschäftsführung

Kathleen Uniewski

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Denny Hitzeroth

Sachkundige Einwohner/innen

Katharina Ronstedt

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Stadträtin Keune, eröffnet die Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. 6 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit der zusätzlichen Aufnahme des Tagesordnungspunktes 4.2 – Prüfauftrag Fachförderrichtlinie Gemeinwesenarbeit – bestätigt.
Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.10.2017

Die Niederschrift vom 18.10.2018 wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung: 4-0-2

4. Informationen

4.1. Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
Vorlage: I0325/17

4.2. Prüfauftrag Fachförderrichtlinie Gemeinwesenarbeit

Dr. Gottschalk bringt die Information ein.

Der Initiativfonds Gemeinwesenarbeit wurde für das Haushaltsjahr 2015 durch das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg überprüft und die Ergebnisse im Prüfbericht mit der Prüf-Nr. 018/2016 dargestellt. Ab 01.07.2016 wurden entsprechend der Feststellungen die Antragsformulare dahingehend angepasst.

Mit dem Antrag A0118/16 vom 07.10.2016 wurde fraktionsübergreifend eine Anpassung der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit dahingehend gefordert, dass eine niedrigschwellige Antragstellung und die Auszahlung der Mittel bereits nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides erfolgen soll sowie den Sprecher*innen eine Aufwandspauschale in Höhe von 60,00 Euro generell gewährt werden soll. Mit der Stellungnahme S0279/16 vom 09.11.2016 wurde eine Überprüfung der Fragestellungen entsprechend der geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften zugesagt. Die Prüfung dieser Fragestellungen und gleichzeitige Überarbeitung der Förderrichtlinie ist im Jahr 2017 erfolgt.

Insgesamt wurden 176 Projektanträge gestellt, davon erhielten 160 Projekte einen Zuwendungsbescheid. 16 Anträge wurden abgelehnt oder widerrufen, da die Projekte bereits begonnen oder die Projekte nicht förderfähig waren, unvollständig eingereichte Antragsunterlagen nicht überarbeitet oder Anträge zurückgezogen wurden.

Es erhielten 146 Stadtteilprojekte eine Unterstützung aus dem Initiativfonds (Das Projekt Stadtteilstift Kannenstieg – Neustädter See wurde aus beiden GWA-Gruppen unterstützt).

Für drei Projekte wurde ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt und bestätigt. Durch Abstimmung in den Arbeitsgruppen erhielten 60 Traditionsprojekte (Projekte, die mehr als zwei Jahre nacheinander aus dem Initiativfonds gefördert wurden) eine Förderung. Aus vier Arbeitsgruppen wurden insgesamt sieben Anträge auf Restmittel gestellt (Mittel die nach dem 30.09.2016 in den anderen Arbeitsgruppen noch nicht verplant waren).

Insgesamt erreichten die mit 46.076,14 Euro unterstützten Stadtteilprojekte fast 72.000 Teilnehmer*innen. Ein Vielfaches mehr wurde für die Projekte aufgewendet, insbesondere in Form ehrenamtlichen Engagements bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Projekte.

Stadtrat Westpfahl fragt nach ob eine Antragstellung auch direkt aus einer Gemeinwesenarbeitsgruppe per Mail denkbar wäre? Herr Dr. Gottschalk informiert, dass eine schnelle Antragsbearbeitung auch jetzt schon erfolgt. Eine rechtskräftige Unterschrift ist Voraussetzung für die Antragstellung, dies ist per Mail nicht möglich.

Die Verwaltung wurde auch beauftragt zu prüfen, ob bereits durch die explizite Beschlussfassung des Projekts in der GWA-Sitzung ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn als gestellt gilt.

Die bloße Beschlussfassung eines Projektes genügt den Anforderungen eines Antrages auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht. Ein qualifizierter Antrag muss vorliegen. Das Protokoll der Sitzung kann lediglich als Absichtsbekundung angesehen werden.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

5. Umsetzung des Landesprogramms "Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt" Anfrage Stadtrat Jens Rösler
 - 5.1. Stellungnahme zur Umsetzung des Landesprogramms "Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt" (S0322/17)
-

Frau Schulz bringt die Stellungnahme ein.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat das gleichnamige Projekt aus dem o. g. Landesprogramm erfolgreich beantragt. Mit Zuwendungsbescheid vom 15.09.2017 stellt das Land über die Bewilligungsbehörde, IB Sachsen-Anhalt, ca. 1,85 Mio.

Die praktische Umsetzung des Projektes steht nach wie vor aus, da derzeit die Stellenbesetzungsverfahren für die sechs Personalstellen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Abstimmungen zwischen den wesentlichen Partnern in der aktiven Projektumsetzung, Landeshauptstadt Magdeburg (LH MD) und Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg (JC LH MD), sind weit fortgeschritten. So konnten bereits die Kooperationsvereinbarung sowie die praktische Handlungsempfehlung zur Umsetzung im JC LH MD erarbeitet werden.

Weiterhin wurde ein Ideenwettbewerb zur Vergabe der 221 öffentlich geförderten Beschäftigungsstellen aus dem Programm selbst, vorbehaltlich der abschließenden Förderempfehlung des Regionalen Arbeitskreises, initiiert und umgesetzt. Insgesamt reichten vier Träger 12 Projekte mit 386 Beschäftigungsstellen ein.

Es werden Maßnahmen bzw. Arbeitsgelegenheiten auf dem 2. Arbeitsmarkt in sämtlichen Bereichen, wie Sport, freie Kulturarbeit, Betreuung älterer Menschen, Gesundheit und soziale Dienstleistungen, Tourismus und Landschaft, bereitgestellt.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und
Altenplanung

Die Protokolle der letzten Sitzungen vom 25.09.2017 und 13.11.2017 werden dem Protokoll beigelegt.

7. Verschiedenes

Stadtrat Boxhorn verweist auf die DS 0427/17 die in der morgigen Stadtratssitzung Thema sein wird.

Es geht um den Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Halle zum Einsatz eines Intensivtransportwagens (ITW). Stadtrat Boxhorn erklärt die derzeitige Situation und gibt zu bedenken, dass nach Abschluss dieser Vereinbarung es möglich ist, dass ein ITW aus Thüringen oder Brandenburg nicht mehr gerufen werden kann ohne vorher den ITW aus Halle anzufordern. Diese Frage ist vor Abschluss der Vereinbarung dringend zu klären. Stadtrat Boxhorn bittet im Vorfeld der Stadtratssitzung die Fraktionen für dieses Thema zu sensibilisieren.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Kornelia Keune
Vorsitzende

gez. Kathleen Uniewski
Schriftführerin